

stiegene Mobilitätsanforderungen ist Arbeit sehr viel anstrengender und stressiger geworden.

Meine Damen und Herren, Betreuung entlastet Familien; aber sie kann Familie nicht ersetzen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bei allen berechtigten Wünschen nach flexibleren Betreuungsangeboten müssen wir das im Blick behalten. Denn wir alle wollen Familie nicht wegorganisieren, wir müssen aber dafür Sorge tragen, dass Familie gelebt werden kann, dass Zeit da ist für gemeinsame Mahlzeiten, für Ausflüge, für gemeinsames Spielen, aber vor allem auch für Gespräche. Und Familie – auch das ist schon betont worden, und das wissen wir aus Untersuchungen – ist für Kinder und Jugendliche von ganz zentraler Bedeutung.

Ich bin daher sehr froh, dass die SPD-Fraktion für den Antrag den Schwerpunkt „Zeitpolitik“ gewählt hat, und ich bin gespannt auf die Ergebnisse. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 16/7399 – Neudruck – beantragt. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist jeweils nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 16/7399 – Neudruck** – einstimmig vom Landtag Nordrhein-Westfalen **angenommen** und die Enquete-kommission „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“ eingesetzt.

Ich rufe auf:

6 Zweites Gesetz zur Änderung des Landesjagdgesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Vorschriften (Ökologisches Jagdgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/7383

erste Lesung

In Verbindung mit:

Rot-grüne Verbotskultur in der Jagdrechtsnovelle schadet Natur- und Tierschutz – die Jagd nicht abschaffen!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7400

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Landesregierung Herrn Minister Remmel zur Einbringung des Gesetzentwurfs als erstem Redner das Wort.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Kabinett hat am 18. November 2014 beschlossen, den Gesetzentwurf zum Ökologischen Jagdgesetz und zur Änderung jagdlicher Vorschriften in den Landtag einzubringen. Diesem Beschluss ist ein langer, über zwei Jahre dauernder Dialogprozess vorangegangen

(Lachen von der CDU und der FDP – Zurufe von der CDU)

und eine ausführliche Befassung im Rahmen der Verbändeanhörung.

Ich danke an dieser Stelle ausdrücklich allen Beteiligten auch für die kontroversen Debattenbeiträge und für die konstruktiven, manchmal auch sehr kritischen Hinweise. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und allen, die bisher daran mitgewirkt haben, übrigens auch in einem begleitenden Arbeitskreis, in dem alle Beteiligten vertreten waren.

Ich hoffe, dass durch die parlamentarische Debatte und den Beratungsprozess das, was wir dort als Gemeinsamkeiten identifiziert haben – ich bin sicher, das sind 80 % bis 90 % dessen, was sich im Gesetz wiederfindet –, stärker in der öffentlichen Wahrnehmung zum Tragen kommt.

(Zurufe von der CDU)

Warum ein Ökologisches Jagdgesetz?

(Zuruf von der CDU: Ein ideologisches!)

Lassen Sie mich die entscheidenden Gründe nennen, die uns dazu bewogen haben, diese Novelle in Angriff zu nehmen. Aufgabe der Gesetzgebung ist es, aufgrund sich verändernder gesellschaftlicher Herausforderungen geltende normative Vorgaben und Regeln zu überprüfen und – falls nötig – zu novellieren, um sie auf der Höhe der Zeit zu haben und gesellschaftlichen Problemen und Erwartungshorizonten zu entsprechen.

Es geht nicht nur darum, auf der Höhe der Zeit zu sein, sondern in der Perspektive auch daran zu denken: Was wird in zehn Jahren diskutiert und wie wird in zehn Jahren über das, was wir heute entscheiden, gesellschaftlich und politisch gedacht?

Dass es in der Frage des Jagdrechtes und der Jagdpraxis eine gesellschaftliche Diskussion gibt, ist nicht zu leugnen. Wir haben diese Diskussion auch in anderen Bundesländern. In Brandenburg, Baden-Württemberg und Saarland sind entsprechende Gesetze unter ganz anderen Farbenlehren als hier in Nordrhein-Westfalen novelliert worden.

Die Jagdrechtsnovelle in NRW zielt daher – um das an dieser Stelle noch einmal deutlich zu unterstreichen – nicht darauf ab, die Jagd zu schwächen.

(Lachen und Zurufe von der CDU und der FDP: Nein!)

Sie zielt auch nicht darauf ab, um es klar zu sagen, Jägerinnen und Jägern am Zeug zu flicken, wie Sie das vielleicht meinen mögen.

(Widerspruch von der CDU und der FDP)

Nein, es geht darum, eine traditionsreiche Praxis unter sich wandelnden Bedingungen neu zu begründen und zukunftsfest zu machen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Da klatschen nicht die Sozialdemokraten!)

Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei Wahrung, Achtung und Respekt vor dem Eigentum, aber zugleich zur Regelung dessen, was wir als Gemeinwohl und Gemeinsinn betrachten, nämlich zur Regelung unseres Zusammenlebens. Darum geht es. Das entscheidet das Parlament, und es ist gut, dass dies das Parlament entscheidet und dass das nicht irgendwelche Lobbygruppen entscheiden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Oh!)

Wir haben uns bei der Aufstellung des ökologischen Jagdgesetzes von drei Leitlinien führen lassen: erstens den Tierschutz zu verbessern, zweitens den Artenschutz zu stärken und drittens den Waldschutz sichern.

Beim Tierschutz müssen wir gemeinsam feststellen, dass wir ihn in der Verfassung verankert haben. Insofern tragen wir mit dem Jagdgesetz in der Entwicklung dieser Regelung in der Verfassung Rechnung. Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schaden zufügen, heißt es im Bundestierschutzgesetz. Das gilt für den Abschuss von Wildtieren ebenso wie bei der Jagdausbildung von Hunden. Deshalb sind Praktiken, die bisher üblich waren, mit dem Tierschutz nicht mehr vereinbar und sollen künftig auch anders geregelt werden:

(Beifall von den GRÜNEN)

die Fallenjagd, die Totschlagfallen oder auch die Baujagd, die Ausbildung von Jagdhunden an lebenden Tieren sowie die Regelung über den Abschuss von Katzen und Hunden, was nun kein Problem des Jagdrechtes ist, sondern des Ordnungsrechtes. Es gibt ein Problem; hier muss es gelöst werden, und hier haben wir deshalb aktuell für Klarheit gesorgt.

Zum Artenschutz: Auch in Nordrhein-Westfalen schreitet das Artensterben voran. 45 % der hier lebenden Tiere und Pflanzen sind vom Aussterben bedroht und stehen auf der Roten Liste. Daher ist

es nur folgerichtig, dass wir die Liste der jagdbaren Arten genau auf diesen Umstand hin überprüft haben. Die Liste wurde zuletzt in den 70er-Jahren reformiert. Geschützte Arten, die ohnehin jagdlich nicht von Bedeutung sind, werden künftig aus dem Jagdrecht herausgenommen und bleiben den Artenschutzbestimmungen unterstellt, um ihnen künftig noch besser helfen zu können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die insgesamt 27 Arten auf der Liste machen gut 99 % – ich unterstreiche das hier noch einmal – der Jagdstrecke in Nordrhein-Westfalen aus. Insofern kann ich die Aufregung bei diesem Thema nicht verstehen. Es hat keine praktischen Auswirkungen auf die Jagd.

Zum Waldschutz: Durch überhöhte Schalenwildbestände entstehen in den Wäldern große Verbiss- und Schälschäden. Oberstes Ziel ist die Anpassung der Wildbestände an die natürlichen Gegebenheiten, damit neue Herausforderungen wie die Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels und die Notwendigkeit, mehr Wald in Nordrhein-Westfalen zu haben, realisiert werden können.

Hier spielt die Verbisssituation in unseren Wäldern eine entscheidende Rolle. An dieser Stelle – um das klar zu unterstreichen – brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Jagd. Deshalb gibt es die entsprechenden Regelungen, die im Jagdgesetz insbesondere auch bezüglich der Fütterung aufgenommen worden sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die durchgeführte Verbändeanhörung hat noch bestehende kontroverse Punkte offengelegt, zu denen teilweise ein Konsens hergestellt werden konnte. Die Proteste sind in der Tat sehr laut, intensiv und zahlreich, und sie verdienen auch meinen Respekt. Aber ich hoffe, ich kann deutlich machen, dass auf der anderen Seite ebenfalls unzählige Mails und Briefe eingegangen sind, die umgekehrt Zustimmung zum Gesetzentwurf deutlich machen.

(Zuruf von der CDU: Vom BUND!)

Dabei geht es nicht um die, wie Sie meinen, Jagdgegnerinnen und Jagdgegner, die keine Jagd mehr wollen, sondern es sind ganz normale Menschen, die nicht auf Antijagd aus sind, sondern Jagd zukünftig so gestalten haben wollen, dass sie mehr im Einklang mit Tierschutz, Wald- und Naturschutz steht und auch die Bürgerinnen und Bürger einbezieht.

Ich betone nochmals: Die Jagdrechtsnovelle zielt gerade nicht darauf ab, die Jagd zu schwächen, sondern darauf, sie zukunftsfest zu machen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Meine Damen und Herren, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass die Landesregierung ihre Redezeit durch die Einbringungsrede von Herrn Minister Remmel um zwei Minuten und 54 Sekunden überzogen hat.

(Zurufe)

Diese zwei Minuten und 54 Sekunden stehen selbstverständlich allen Fraktionen des Landtags als zusätzliche Redezeit zur Verfügung. Alle Fraktionen haben jetzt also knapp drei Minuten zusätzliche Redezeit. Das ist ein Angebot. Aber es gibt natürlich keinen Zwang, diese Zeit auszuschöpfen; das weiß jeder.

Nach dieser Vorbemerkung erteile ich für die antragstellende FDP-Fraktion Herrn Abgeordneten Busen das Wort. Bitte, Herr Busen.

Karlheinz Busen^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Remmel, die Jägerinnen und Jäger in Nordrhein-Westfalen sind seit Jahrzehnten Garant für artenreiche und vitale Wildtierbestände.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Jägerinnen und Jäger sind seit Jahren zuverlässige Partner der Städte und Kreise bei der Entsorgung von Fallwild, und die Jägerinnen und Jäger sind seit Jahren Partner der öffentlichen Hand, wenn es um Umweltbildung und Schulprojekte geht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die rot-grüne Landesregierung, Ihre rot-grüne Landesregierung, hat die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Jägern einseitig und ohne Anlass aufgekündigt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

SPD und Grüne haben damit das Vertrauen von Zehntausenden Menschen in die Wahrung von Eigentumsrechten, das Vertrauen in die Zuverlässigkeit politischer Entscheidungen und das Vertrauen in die fachliche Richtigkeit von Behördenentscheidungen zutiefst erschüttert.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Nahezu einmalig in der Landespolitik ist der kraftvolle Protest von mehreren Zehntausend Menschen gegen das neue Jagdgesetz der rot-grünen Landesregierung. Hinter diesen Menschen stehen die zehn Verbände der Naturnutzer in Nordrhein-Westfalen mit zusammen mehr als 500.000 Mitgliedern,

(Beifall von der FDP und der CDU)

eine gewaltige Zahl an Bürgerinnen und Bürgern, die sich von der rot-grünen Landesregierung verraten und verkauft fühlen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie sprechen von Respekt, Herr Minister Remmel. Ihnen fehlt eindeutig der Respekt vor den Menschen, die alltäglich in der Natur arbeiten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, die Kritik am neuen, angeblich ökologischen Landesjagdgesetz ist vielfältig und sachlich sehr fundiert.

(Minister Johannes Remmel: Noch nichts Inhaltliches gesagt, nur Polemik!)

Sie, Herr Minister Remmel, mussten schon kräftig zurückrudern. Die Idee, Vereine und Verbände könnten ein moralisches Gewissen haben, hatten Sie von Anfang an sehr exklusiv. Aber Fragen der Verfassungsrechtlichkeit haben Sie und den Rest Ihrer Landesregierung ja noch nie interessiert, ob beim Haushalt oder beim Eigentum.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie wollen die Liste der jagdbaren Arten einschränken. Die Baujagd, die Fallenjagd, die Jagd auf Krähen, die Jagd in Naturschutzgebieten, all das wollen Sie verbieten.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Die Liste der Verbote ist noch ewig lang. Da es Ihnen nicht gelungen ist, den Flickenteppich bei der Jagd durch die Möglichkeit der Befriedung von Flächen juristischer Personen zu schaffen, versuchen Sie jetzt, die flächendeckende Jagd über die Einschränkung der Jagd in Schutzgebieten unmöglich zu machen. Mit diesen Schutzgebieten überziehen Sie bereits das ganze Land. Das ist die Abschaffung der Jagd als Eigentumsrecht durch die Hintertür.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ja, Herr Minister, Sie gucken. Sie stellen auf der einen Seite mit großem Tamtam Ihre Biodiversitätsstrategien in den Vordergrund und schlagen gleichzeitig die tragenden Säulen einer solchen Strategie weg.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das neue Jagdgesetz wird die angestrebte Artenvielfalt, die Sie angesprochen haben, vermindern. Zusätzlich wollen Sie auch noch Wälder für Windräder roden lassen. Das ist Unsinn.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Minister, wie wollen Sie die Menschen in Nordrhein-Westfalen in Zukunft noch gängeln und bevormunden – etwa, indem Sie die Umsetzung grüner Ideologie eventuell durch uniformierte Landschaftswarte als Umweltpolizei auf privatem Grundbesitz überwachen lassen? Das braucht niemand.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, die rot-grüne Verbotskultur in der Jagdgesetznovelle schadet dem Natur- und dem Tierschutz. Dabei konnte bis

heute kein fachlich begründeter Änderungsbedarf festgestellt werden.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Der Tierschutz als Staatsziel wird durch das gegenwärtige Jagdrecht bereits voll erfüllt. Dass die SPD diese ideologisierte Verbotspolitik mitmacht, obwohl die SPD-Abgeordneten vor Tausenden von Jägerinnen und Jägern betont haben, dass sie massiven Änderungsbedarf sehen,

(Werner Jostmeier [CDU]: Sehr richtig!)

enttäuscht nicht nur mich.

(Lebhafter Beifall von der FDP und der CDU)

Als finale Unverschämtheit – es handelt sich wirklich um eine Unverschämtheit – führen Sie die Strafsteuer auf die Jagd wieder ein. Wir wissen alle, dass die Jägerschaft seit vielen Jahren im öffentlichen Interesse Dienstleistungen für die Allgemeinheit erbringt, beim Biotopschutz, beim Artenschutz und bei der Umweltbildung. Eine solche Strafsteuer auf ehrenamtliches Engagement für Umwelt und Gesellschaft sucht in Deutschland seinesgleichen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Aber das ist ja auch typisch für diese rot-grüne Landesregierung: Ob bei der Jagd oder auf anderen Gebieten, es fällt Ihnen nichts anderes ein, als die Steuern zu erhöhen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, ich fordere die Landesregierung auf, den Gesetzentwurf zurückzuziehen. Dabei brechen Sie sich nicht einmal einen Zacken aus der Krone. Halten Sie sich einmal an Ihr Wahlversprechen – „Wir machen Betroffene zu Beteiligten“ –, dann würde ein solcher Unsinn gar nicht passieren.

(Lebhafter Beifall von der FDP und der CDU)

Lassen Sie das beste Jagdgesetz Europas, wie wir es in Nordrhein-Westfalen haben, so, wie es ist. – Danke schön.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Busen. – Als nächster Redner spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Meesters.

(Beifall von der SPD)

Norbert Meesters (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Also, die Rede von Herrn Busen haben Sie eindeutig überwertet, muss ich einmal sagen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Alles, was er zu den Jägern gesagt hat, was ihre Wertigkeit angeht, was ihr Engagement für Natur und Umwelt angeht und was er zur Erhaltung der Arten gesagt hat,

(Ralf Witzel [FDP]: Alles richtig!)

war richtig

(Beifall von der FDP)

und kann man nur unterstreichen. Das war es aber auch schon.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das war richtig. Aber alles andere war Quatsch, Unsinn, grobe Verdrehungen bis hin zum groben Unfug, was Sie hier von sich gegeben haben.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der FDP und der CDU)

Ich möchte zur Sache reden. Wir haben in unserem Koalitionsvertrag vereinbart, dass das Jagdgesetz in Nordrhein-Westfalen novelliert wird, dass es modernisiert wird

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das war der erste Fehler!)

und dass die Akzeptanz der Jagd in unserer Gesellschaft gestärkt wird. Das machen wir nicht alleine – der Minister hat darauf aufmerksam gemacht –, sondern das machen auch andere Bundesländer. Da sind wir in guter Gesellschaft von Bayern, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Sachsen, Brandenburg. Egal, welcher Couleur: Überall wird geändert, überall wird modernisiert, überall wird angepasst. Auch wir machen das, und wir haben unsere Leitlinien, nach denen wir das machen. Das sind der Schutz des Waldes, Tierschutz und Artenerhalt. Und die Jagd und die Hege sollen weiterhin garantiert, aber nicht abgeschafft werden, wie Herr Busen in diesem Antrag polemisch suggerieren möchte. Wir wollen sie weiter garantieren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Hinzu kommt: Sie alle kennen das Verbändepapier der zehn Verbände, darunter Landesjagdverband, Landwirtschaftsverbände und Bauernverbände. Diese haben in ihrem Papier Kritik an dem Gesetzentwurf zur Änderung des Landesjagdgesetzes geäußert; das ist richtig. Sie haben sich aber auch zu einer Reform des Landesjagdgesetzes bekannt

(Widerspruch von der CDU)

und ihre Punkte unter die Überschrift gestellt: „Jagdrecht ideologiefrei und mit Augenmaß weiterentwickeln“.

(Henning Höne [FDP]: Aber nicht so!)

Der FDP-Antrag, den wir zu beraten haben,

(Dietmar Brockes [FDP]: Das ist das Gegenteil von dem, was Sie sagen!)

redet nicht von Weiterentwicklung, sondern beharrt auf dem Status quo, und die FDP verweigert sich jeder Diskussion, verschließt sich der Realität in unserer Gesellschaft

(Beifall von der SPD)

und beschränkt sich damit

(Zurufe von der CDU und der FDP: Das glauben Sie doch selbst nicht! Was erzählen Sie denn da?)

auf einen Politikansatz für die 4 % Wähler, die ihnen die Umfragen noch zugestehen. Im Verfahren werden wir das sicherlich noch näher beleuchten, aber ich glaube nicht, dass der Antrag dadurch besser wird.

(Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

Unser Antrag besteht darin, das Jagdrecht ideologiefrei und mit Augenmaß weiterzuentwickeln, und die Betonung liegt auf „weiterentwickeln“ – da können Sie hier im Saal noch so viel rumbölen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich bin der Überzeugung, dass uns der jetzt vorliegende Entwurf Kompromisslinien zwischen den berechtigten Jagdinteressen

(Zurufe von der CDU und der FDP – Lutz Lienenkämper [CDU]: Ignorant!)

und dem Arten- und Tierschutz aufzeigt.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das ist ignorant!)

Über die Verbändeanhörung hinaus haben weit über 10.000 Jäger in fünf Regionalkonferenzen Flagge gezeigt und ihre Forderungen an die Politik beeindruckend zum Ausdruck gebracht.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Ich habe selbst an vier dieser Veranstaltungen teilgenommen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das war nicht immer vergnügungsteuerpflichtig, aber es war wichtig,

(Zurufe von der CDU und der FDP)

zu hören, was von den Jägerinnen und Jägern hier im Land gefordert wird.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Hören Sie es nicht nur! Machen Sie es doch einfach!)

Ich habe immer gesagt, dass dieser Entwurf nicht in Stein gemeißelt ist, sondern ein Entwurf ist, der sich im Verfahren weiterentwickelt,

(Zurufe von der CDU und der FDP)

und wir haben Wort gehalten. Nun gibt es bereits, wie Sie selbst festgestellt haben,

(Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

mehrere Verbesserungen und Korrekturen, und die beste und wichtigste Korrektur ist die von der SPD-Fraktion geforderte Streichung der Befriedung von Jagdbezirken für juristische Personen.

(Fortgesetzt Zurufe von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Warum seid ihr so aufgeregt?)

Ich habe das in Köln, in Wesel, in Münster und in Bielefeld gesagt: Dieser Passus muss raus. – Und hier im Plenum in Düsseldorf sage ich, dass wir unser Wort gehalten haben. Er ist gestrichen worden.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Abgeordneter, zwei Kollegen würden Ihnen gerne eine Frage stellen,

(Jochen Ott [SPD]: Die können sich doch gleich zum Kaffee treffen!)

zum einen Herr Kollege Busen und zum anderen Frau Kollegin Schulze Föcking. Wären Sie bereit, ihre Fragen zu beantworten?

Norbert Meesters (SPD): Gerne.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Gut. – Herr Kollege Busen.

Karlheinz Busen^{*)} (FDP): Herr Kollege Meesters, warum haben Sie auf den Regionalkonferenzen dem neuen Jagdgesetzentwurf in fast allen Punkten widersprochen, erzählen hier aber genau das Gegenteil?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Norbert Meesters (SPD): Es wäre komisch, wenn es so wäre, Herr Busen, aber es trifft eben – wie so vieles verdreht Formuliertes in Ihrem Antrag – nicht zu.

(Lachen von der FDP)

Ich habe auf den Jagdkonferenzen gesagt, dass ich mit dem Entwurf unglücklich bin und einige Punkte nicht stimmen. Diese haben wir auch benannt, und einige dieser Punkte haben wir auch abgeräumt.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Jetzt stehen wir am Anfang des Verfahrens, und wir werden auch im weiteren Verfahren noch sehen, wie es bis zum Ende weitergeht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank. – Frau Kollegin Schulze Föcking, bitte sehr.

Christina Schulze Föcking^{*)} (CDU): Herr Meesters, herzlichen Dank, dass Sie die Frage zulassen. – Ich knüpfe an das an, was Herr Busen gesagt hat. Ich sehe nämlich die großen Veränderungen, die Sie auf den Regionalkonferenzen angekündigt haben, eben nicht.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Das ist Ihr Problem!)

Daher frage ich mich: Wo sind denn die Änderungsanträge, die Sie den Jägern wirklich versprochen haben und auf die die Jäger gehofft haben?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Norbert Meesters (SPD): Auch diese Frage ist relativ einfach zu beantworten. Wir haben den wichtigsten Punkt – ich habe es gerade gesagt – abgeräumt,

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

nämlich die Befriedung durch juristische Personen. Nun steht die Liste der jagdbaren Arten im Gesetz und nicht mehr in der Verordnung; auch das war ein großer Wunsch des Landesjagdverbandes. Wir haben auch für das Sikawild Lösungen gefunden; an dem Punkt muss man vielleicht noch weiterdiskutieren; da gibt es noch weitere Zuschriften.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Wir haben für die Meldepflicht bei Zusammenstößen von Fahrzeugen und Schalenwild Lösungen gefunden. Beim Hundeabschuss erfolgt eine Streichung der Beweis- und Anzeigepflicht. Es erfolgt eine Streichung des Jedermannsrechts, krankes Federwild aufzunehmen; das ist eine wichtige Forderung gewesen.

(Erneut Zurufe von der CDU und der FDP)

Wir haben auch Anpassungen bei den Anforderungen des Schießnachweises an die praktischen Notwendigkeiten durchgeführt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden sehen, was sich in der weiteren Diskussion – es gibt noch ein paar offene Fragen – noch ändern wird,

(Fortgesetzt Zurufe von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Da braucht man nicht so rumzuschreien! Furchtbar! Sachlich bleiben! – Gegenruf von Christina Schulze Föcking [CDU]: Das sagt der Richtige!)

damit dieses Gesetz ein praktikables, ausgewogenes und ideologiefreies Gesetz sein wird.

(Lachen von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Sie haben sich drei Tage lang gesammelt! Jetzt sind alle da!)

Wie gesagt, einige Kritikpunkte wurden bereits abgeräumt, und weitere Kritikpunkte werden wir noch debattieren; das habe ich schon gesagt. Wir beginnen schließlich gerade erst mit dem parlamentarischen Verfahren.

Jetzt möchte ich noch zu einem Punkt kommen, der ganz wichtig ist und den Herr Busen in seiner un-nachahmlichen Art angesprochen hat. Ich möchte einige Worte auf die Wiedereinführung der Jagdsteuer verlieren.

Als die Jagdsteuer von Schwarz-Gelb abgeschafft wurde,

(Beifall von der CDU und der FDP)

erfolgte 2009 eine Stellungnahme des Landkreistages, in der dieser gesagt hat: Wir können nur akzeptieren, dass diese Steuer wegfällt, wenn es zu einer Kompensation der uns wegfallenden Mittel kommt.

Deshalb ist das auch in den Koalitionsvertrag von Rot-Grün aufgenommen worden: um das Notsignal der kommunalen Familie, die dieses seinerzeit gesendet hat, nachdem Sie Politik gemacht hatten, aufzunehmen.

(Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

Der Landkreistag ist sicherlich nicht Urheber der neuen Jagdsteuer. Das steht in unserem Koalitionsvertrag. Anlass war aber der Wunsch des Landkreistages. Wir wollten die kommunale Familie entsprechend unterstützen. Da gibt es eine Stellungnahme des gleichen Landkreistages zum ersten Entwurf des Kabinetts, und darin spricht er sich für die Ermöglichung der Jagdsteuer aus.

(Zuruf von der SPD: So ist das!)

Ich zitiere: Die Wiederermöglichung der Erhebung der Jagdsteuer sollte allerdings unter vollständiger Wiederherstellung der früheren Rechtslage erfolgen. – Originalton Landkreistag.

(Zuruf von der SPD: Genau! Hört, hört!)

Was ist damit gemeint? Ich zitiere weiter: Die Begrenzung der Steuererhebung auf 20 % der Jagdpacht wird abgelehnt, stellt diese Deckelung doch einen nicht erforderlichen und unangemessenen Eingriff in die kommunale Entscheidungsfreiheit dar.

(Beifall von der SPD)

So sieht es aus: Es war Wunsch und Wille des Landkreistages, sowohl die Ermöglichung der Steuer einzuführen – das ist ja ins Benehmen der Landkreise und der kreisfreien Städte gestellt, es zu tun – als auch diese Deckelung herauszunehmen. Es ist keine böse Erfindung von Rot-Grün, wie Sie

es hier immer wieder versuchen, den Menschen zu verkaufen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nun gibt es andere Stimmen aus den Kreisen der Landräte, wie man jetzt hört. Das ist eine ganz interessante Diskussion, die jetzt im Lande aufblüht. Falls sich im parlamentarischen Prozess herausstellt – das sage ich hier ganz deutlich –, dass sich der Landkreistag die Ermöglichung einer Jagdsteuer nicht wünscht, dann hängt unser Herz nicht an dieser Jagdsteuer.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir wollen niemanden zu seinem Glück zwingen. Das Verfahren, das heute beginnt, wird Gelegenheit bieten, dies klarzustellen. Die geplante Anhörung im Januar, die wir heute Morgen beschlossen haben, wird uns sicherlich weitere Erkenntnisse liefern.

Noch einmal: Ich gehe davon aus, es wird weitere Änderungen im nun begonnenen Gesetzgebungsverfahren geben, und freue mich selbstverständlich auf die kommenden Beratungen zu dem Gesetzesentwurf in unserem Ausschuss. – Danke schön.

(Lebhafter Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Minister Johannes Remmel)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Meesters. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Ortgies das Wort.

Friedhelm Ortgies^{*)} (CDU): Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorweg: Das war Meesters Märchenstunde.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich war selbst auf drei dieser fünf Regionalveranstaltungen. Und was Sie heute erzählt haben, entspricht genau dem Gegenteil dessen, was dort auf Sie zugekommen ist.

(Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: Dann haben Sie nicht richtig zugehört!)

Aber zu Beginn, meine Damen und Herren, möchte ich mit Erlaubnis des Präsidenten mit einem Zitat beginnen:

Für unser bedrohtes Naturerbe, und wenn es um die Bewahrung dieses Erbes geht, ist die Jagd von Bedeutung, und wir nehmen die Jäger in die Pflicht. Wir brauchen Jägerinnen und Jäger als Mitspieler und Bundesgenossen. Gemeinsam müssen wir für den Erhalt und die Hege und Pflege unserer Kulturlandschaft arbeiten.

Das war ein Zitat unseres Ministers Remmel am 10. Mai dieses Jahres auf dem Landesjägertag in Köln.

(Beifall von den GRÜNEN)

Fünf Monate später kommt das Landesjagdgesetz auf den Tisch, welches die Jägerschaft regelrecht vor den Kopf stößt und genau diese Grundsätze ins Gegenteil verkehrt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, Herr Minister Remmel, Sie haben die Jäger regelrecht jahrelang eingelullt. Nun sehen wir, Sie haben sich verhalten wie der sprichwörtliche Wolf im Schafspelz.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Inzwischen haben sich zehn Verbände des ländlichen Raumes mit 500.000 Mitgliedern mit den Jägern solidarisch erklärt. Die Ausübung der Jagd, die Hege und Pflege der Natur, die Bewahrung des Naturerbes, die Beseitigung und Entschädigung von Wildschäden – das gehört alles untrennbar zusammen. Neben diesen Pflichten ist natürlich die Jagd auch ein Hobby. Zu diesen Grundsätzen stehen 80.000 Jägerinnen und Jäger. Und Sie haben das alles mit einem Federstrich vom Tisch gewischt.

Mit der Anerkennung von Kleinstvereinen bei Jagdbeiräten, mit den vielfältigen Erschwernissen bei der Jagd auf Raubwild, mit der Wiedereinführung der Jagdsteuer – darauf kommen wir gleich auch noch zu sprechen – werden die Jäger an die Kandare genommen, mit Vorschriften und Verboten überhäuft, und das alles mit rot-grüner Mehrheit.

Dass die Vertreter der Grünen den Gesetzesentwurf befürworten, ist für mich keine Überraschung. Überrascht war ich von der SPD,

(Beifall von der CDU und der FDP)

jedenfalls auf den Veranstaltungen der fünf Regionalverbände. Herr Meesters, Frau Watermann-Krass und einige andere, die dort anwesend waren, haben sich öffentlich hingestellt und in vielen Teilen den Gesetzesentwurf abgelehnt:

(Norbert Meesters [SPD]: Dazu habe ich gerade etwas gesagt!)

Wir sind nicht glücklich, kein Gesetz kommt so heraus, wie es eingebracht wird, wir nehmen Ihre Argumente ernst.

(Norbert Meesters [SPD]: So ist es!)

Die stärkste Fraktion dieses Hauses kritisiert draußen im Lande einen vom Kabinett und von der Ministerpräsidentin abgesegneten Gesetzesentwurf somit in vielen Dingen als falsch und kritikwürdig. Sie haben sich in der Öffentlichkeit weit aus dem Fenster gelehnt und mussten nun bei der Vorlage des zweiten Entwurfs am 18. November 2014 feststellen: Der Berg kreißte und gebar eine Maus.

(Norbert Meesters [SPD]: Das ist falsch!)

Das mit den juristischen Personen haben Sie doch vorher hereingeschrieben, damit sie es wieder streichen können.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, Sie haben überhaupt keinen Zutritt im Hause Remmel. Als Beweis: Am 18. November fand abends in Bielefeld die Veranstaltung mit 3.500 Jägern statt. Am selben Tag hat das Kabinett den zweiten Gesetzentwurf abgesegnet. Sechs Stunden später mussten Sie auf Nachfrage des Landesjagdpräsidenten zugeben, Herr Meesters: Sie hatten davon noch gar nichts gehört!

(Norbert Meesters [SPD]: Ich habe es nicht gelesen, habe ich gesagt!)

Als Sie nach der Jagdsteuer gefragt wurden, musste der Präsident Sie darauf hinweisen, dass dieser Vorstoß von der SPD-Fraktion kam.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Da haben Sie wörtlich gesagt: Ich kann nichts kommentieren, was ich nicht weiß.

(Norbert Meesters [SPD]: Was ich nicht gelesen habe! Schön bei der Wahrheit bleiben!)

So sieht die Mitsprache der größten Regierungsfraktion aus, wenn es um Belange des ländlichen Raums geht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Noch einmal zur Jagdsteuer und zu dem, was Sie hier mit der Argumentation durch den Landkreistag aufführen: Sie wollen hier listig wie ein Fuchs sein und uns irgendetwas vorschreiben. Herr Meesters, Sie sind ein Fuchs in Holzschuhen. Das haben wir alles verstanden.

(Zuruf von den PIRATEN: Was?)

– Sie sind ein Fuchs in Holzschuhen. Sie wollen ganz besonders listig sein, sind es aber nicht.

(Norbert Meesters [SPD]: Sie sind es bestimmt! Das merkt man gerade!)

Meine Damen und Herren, Sie – Ihre Kollegen übrigens auch – haben auf den Landesjägerveranstaltungen etwas ganz anderes versprochen. Sie haben versprochen, die Jagdsteuer abzuschaffen. Genau das Gegenteil tun sie.

(Norbert Meesters [SPD]: Das ist falsch!)

Besonders mit der Abschaffung der Kappungsgrenze haben Sie eine Verschärfung vorgenommen.

Meine Damen und Herren, ich muss meinem Kollegen Rainer Deppe noch ein bisschen Redezeit lassen. Ich sage Ihnen nur: Schreddern Sie diesen Entwurf, packen Sie ihn in den Papierkorb und nehmen Sie die Einwände und die Kritik der Verbände ernst. Dann können wir darüber reden. Oder lassen Sie alles beim Alten. Wir würden Sie dabei sogar unterstützen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Ortgies. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Herrn Kollegen Rüße das Wort.

Norwich Rüße^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das, was Sie, Herr Busen und auch Herr Ortgies, hier geboten haben, war schon starker Tobak. Ich finde, es ist einigermaßen enttäuschend, dass Sie einen Prozess, der so lange andauert hat, jetzt so darstellen, als ob er nicht demokratisch abgelaufen wäre.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der FDP: Genauso ist es!)

Es gab vonseiten des Ministeriums einen Beteiligungsprozess, bei dem sich alle relevanten Gruppen sich vorab hinreichend äußern und ihre Ideen einbringen konnten. Dass ein Minister am Ende ...

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

– Bitte, drücken Sie sich doch ein, wenn Sie mich etwas fragen möchten.

Herr Busen, ich möchte zuerst auf Folgendes eingehen: Ihr ganzer Vortrag, den Sie eben gehalten haben, war – das ist, finde ich, erschreckend – inhaltlich null. Es war ein reiner Rundumschlag, den Sie hier gemacht haben. Mit dem Gesetzentwurf haben Sie sich überhaupt nicht auseinandergesetzt. Das ist, finde ich, enttäuschend!

(Widerspruch von der FDP)

Ich sage Ihnen: Das liegt an Ihrer Fundamentalopposition. Sie behaupten auch, wir hätten in Deutschland das beste Jagdrecht. Nein, das ist falsch: Wir bekommen mit diesem Gesetz hier in Nordrhein-Westfalen das beste Jagdrecht in Deutschland!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Widerspruch von der CDU und der FDP)

Es ist auch notwendig, dass wir es einführen, weil sich die Welt in den letzten Jahren weiter gedreht hat, weil Tierschutz und ökologische Belange in dieser Gesellschaft inzwischen einen anderen Stellenwert haben. Genau deshalb werden wir jetzt eine verkürzte Liste der jagdbaren Arten bekommen. Genau deshalb werden wir bestimmte Jagdpraktiken, die Sie auch keinem mehr erklären können, abschaffen. Die Baujagd wird rausfliegen. Auch die Totschlagfalle wird rausfliegen. Und das ist auch richtig so!

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir werden auch den Abschuss von Katzen verbieten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Gerade in Bezug auf diesen Punkt verstehe ich überhaupt nicht, wieso Sie und auch der Landesjagdverband sich da total verweigert haben. Wer in

diesem Jahr – im Jahr 2014 – darauf beharrt, er dürfe den Abschuss von Katzen noch vollziehen, und meint, er könne das heute noch genauso machen wie in den 30er-Jahren – da war das vielleicht noch üblich –, der liegt völlig daneben und befindet sich nicht mehr auf der Höhe der Zeit.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Noch eines sage ich Ihnen: Ich kann auch nicht akzeptieren und dulden, dass Sie immer von dem ländlichen Raum sprechen. Ich rede ja auch nicht von den Jägerinnen und Jägern; denn eine Menge Jägerinnen und Jäger haben mir gesagt, dass sie freiwillig schon lange keine Katzen mehr schießen, weil sie nämlich wissen, dass das überhaupt nicht mehr vertretbar ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich würde mich freuen, wenn Sie von der CDU und der FDP sowie auch der Landesjagdverband an dieser Stelle endlich einmal diesen Jägerinnen und Jägern folgen und mit dem Starrsinn, den Sie da an den Tag legen, aufhören würden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aus meiner Sicht – Herr Busen, Sie haben das eben eindrucksvoll unter Beweis gestellt – ist von Ihnen in der Debatte um ein neues Jagdrecht in den letzten Monaten eine Totalblockade vorgenommen worden. Das geschah selbst an einer Stelle, wo ich dachte, dass Sie das begrüßen würden. Sie müssten es als Jäger begrüßen, einen Schießnachweis einzuführen. Man kann darüber diskutieren, wie oft der stattfinden soll. Ich verstehe nicht, dass Sie das nicht begrüßen. Es geht dabei doch darum, dass jemand mit Waffen hantiert, die eine Tötungswirkung haben. Sie wissen das selbst viel besser als ich. Es geht dabei um öffentliche Sicherheit. Da müssten Sie doch sagen: Jawohl, das ist ein guter Punkt, den unterstützen wir ausdrücklich. – Aber selbst dazu haben Sie auf den Regionalkonferenzen gesagt, es sei alles Quatsch. Ich verstehe es nicht!

(Beifall von den GRÜNEN – Karlheinz Busen [FDP]: Bundesgesetz!)

– Nein, das ist doch Unfug! Das hat doch mit Bundesgesetz nichts zu tun! Herr Busen, ich greife das auf: Ich habe mich erkundigt, dass es kein Problem ist, den Schießnachweis auf Landesebene einzuführen. Wir haben auch im Tierschutzgesetz eine Bestimmung, dass man in ausreichendem Umfang über Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen muss, um ein Wirbeltier töten zu dürfen.

Kenntnisse erwirbt man sicherlich durch den Jagdschein – das ist auch gut so –, aber seine Fähigkeiten, das tun zu können, muss man gelegentlich nachweisen. Hin und wieder muss man nachweisen, dass man es kann. Und dazu gehört das sichere Schießen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mich ärgert Folgendes: Wir haben in diesem Gesetz eine Menge guter Positionen, die das Jagdrecht deutlich nach vorne bringen. Ich nenne beispielsweise den Punkt, die Minstdauer von Pachten auf fünf Jahre zu reduzieren. Das ist hervorragend, weil es auf beiden Seiten mehr Flexibilität erlaubt. Ich würde Ihnen gerne eine Menge Briefe von Bäuerinnen und Bauern zur Verfügung stellen, die sich über Wildschäden beklagt haben, die sie nicht ersetzt bekamen. Es ist hervorragend, dass wir die Frist jetzt von einer Woche auf zwei Wochen verlängern, damit sie ihren Anspruch durchsetzen können.

Mit dem Verbisgutachten werden wir endlich die überhöhten Wildbestände im Wald zurückführen können. Dasselbe gilt für den Punkt „Fütterung und Kurrung“. Schon das beweist hinreichend, dass es notwendig war, das Gesetz zu novellieren. Kein Gesetz – auch nicht das bestehende Jagdrecht – ist für alle Ewigkeiten in Stein gemeißelt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist unsere Aufgabe, Gesetze immer wieder an neue gesellschaftliche Erwartungen und neue Normen – der Tierschutz ist vom Minister erwähnt worden – anzupassen. Das machen wir jetzt.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Ich sage Ihnen eines: Wenn wir das Landesjagdrecht so lassen würden, wie es ist, dann würden wir die Jägerschaft in dieser Gesellschaft komplett in eine Sackgasse führen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich bin mir sicher, dass, in zwei oder Jahren – wenn wir diese Debatte, die wir sehr emotional führen, abgeschlossen haben – viele Jäger, wenn wir dann mit ihnen noch einmal darüber diskutieren, sagen werden: Diese Gesetzesnovelle war doch gut und richtig. Viele werden auch sagen: Das war nicht das von Ihnen prophezeite Ende der Jagd, sondern ein guter Neuanfang für die Jagd in Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Rüße. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, für die weitere Debatte weise ich darauf hin, dass die Landesregierung ihre Redezeit um zwei Minuten und 54 Sekunden überzogen hat.

Wir haben noch zwei Debattenredner, nämlich Kollege Rohwedder für die Fraktion der Piraten und Herr Kollege Deppe. Die anderen Fraktionen haben ihre Redezeit bereits zu einem großen Teil überzogen – das zur Klarheit. – Herr Kollege Rohwedder, Sie haben das Wort.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Aufgrund eines neuen Bundesjagdgesetzes und weil das alte Landesjagdgesetz nach Verlängerung ausläuft, befassen wir uns heute mit dem Entwurf eines Jagdgesetzes mit ökologischem Anspruch. Es sind also nicht nur die angeführten formellen Gründe, die für ein neues Gesetz sprechen. Der Minister hat es schon gesagt: Die Gesellschaft und ihre Sicht der Dinge verändern sich ebenso wie die natürlichen Voraussetzungen der Jagd.

Neue Arten wandern ein, alte ausgerottete Arten kehren zurück. Die Zusammensetzung und die Biodiversität ändern sich. Manche Arten vermehren sich stark, andere gehen genauso stark zurück. Für diese Rückgänge ist im Übrigen überwiegend nicht die Jagd verantwortlich; aber die Jagd muss darauf reagieren. Nicht zuletzt brachte europäische höchstrichterliche Rechtsprechung den neuen Aspekt der Jagdbefriedung durch private Grundeigentümer aus ethischen Gründen.

Wir begrüßen die bisherigen Möglichkeiten der Partizipation für Betroffene – seien es die Naturschutzorganisationen oder der besonders aktive Landesjagdverband, der auch aus eigener Kraft Großveranstaltungen durchführte und sich damit als Organisation aktiver Bürger wirklich in die Diskussion einbrachte. Das ist eine Art der Bürgerbeteiligung, die wir ausdrücklich begrüßen, auch wenn wir mit den dort vorgetragenen Inhalten nicht 100%ig übereinstimmen.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir sind dem Landesjagdverband aber dankbar für diese Großveranstaltungen. Im Entwurf sehen wir positive wie negative Entwicklungen. Ich begrüße ausdrücklich das Verbot von Bleimunition, auch die Streichung etlicher Arten aus dem Katalog der jagdbaren Arten. Viele dieser Arten hatten eh schon eine ganzjährige Schonzeit. Und das mit dem Katalog verbundene Hege- und Pflegegebot ist für viele dieser Arten gar nicht durchführbar: Seehund, Großtrappe, Samt- und Trauerente. Wann verirrt sich schon einmal ein Seehund den Rhein hinauf bis nach Düsseldorf? Die Großtrappe ist ein Brutvogel mit einigen Dutzend Brutpaaren in Brandenburg, ein Standvogel, der nur in sehr harten Wintern Kälteflucht durchführt. Im Jahre 2012 ist tatsächlich einmal eine Großtrappe in Nordrhein-Westfalen gesehen worden.

Samt- und Trauerenten sind arktische und subarktische Arten, die in Nord- und Ostsee überwintern, von denen einige wenige Exemplare auch mal weiter nach Süden fliegen, die auf den großen Stauseen dann zu sehen sind. Die können Sie gar nicht schießen. Selbst wenn die Jagd auf die Tiere erlaubt wäre, dann wäre die Jagdstrecke gleich null, weil sie hier so gut wie nie auftreten. Auch Hege und Pflege können Sie für solche Arten nicht wirk-

lich sinnvoll durchführen. Von daher können sie aus dem Katalog raus.

Auch der bisher gestattete Abschuss von Katzen und Hunden kann wegfallen. Weniger als 100 abgeschossene Hunde im Jahr zeigen, dass das Problem gar nicht mal so groß sein kann. Die meisten streunenden Katzen dürfen gar nicht geschossen werden, weil sie sich zu dicht an menschlichen Siedlungen aufhalten. Wir haben schätzungsweise 500.000 streunende Katzen im Land, wovon etwa 5.000 bis 7.000 geschossen werden, also 1 bis 1,5 %. Das hat keinen Einfluss auf die Bestandsentwicklung dieser Katzen. Deshalb ist der vernünftige Grund, den das Tierschutzgesetz für die Tötung eines Wirbeltieres fordert, hier entfallen.

Dass Schutzgebiete jetzt wirklich Schutzgebiete sein sollen, das begrüße ich auch ausdrücklich.

Es gibt in diesem Entwurf aber auch Punkte, bei denen über das Ziel hinaus geschossen wird, wenn der Ausdruck in diesem Zusammenhang erlaubt ist.

(Beifall von den PIRATEN)

Wer Jagd gestattet, muss auch eine vernünftige Jagdhundebildung ermöglichen. Das geplante Ausbildungsverbot an der lebenden Ente wird zu einem Ausbildungs- und Prüfungstourismus für Hunde führen. Das hatten wir schon mal. Damit ist niemandem gedient. Warum kann man aus den Fehlern der Vergangenheit nicht lernen? Ich frage mich, warum das wieder eingeführt werden muss.

(Beifall von den PIRATEN)

Ebenso ist die Wiedereinführung einer Jagdsteuer kontraproduktiv. Sie wird nicht zu mehr Einnahmen führen, sondern zu mehr Ausgaben, weil die Jäger völlig zu Recht die Verträge aufkündigen, die an den Wegfall dieser Bagatelsteuer gebunden waren.

Die bisherige Diskussion und die Veränderungen im Entwurf, die es bisher schon gegeben hat, zeigen aber, dass die Regierungsfractionen Argumenten und vielleicht auch öffentlichem Druck zugänglich sind. Ich bin zuversichtlich, dass wir am Ende gute Kompromisse finden können. Ich freue mich auf die weitere Diskussion mit allen Betroffenen.

Ein Beispiel für eine nicht konstruktive Herangehensweise ist der FDP-Antrag, der schon im Titel ein geplantes Jagdverbot unterstellt. Der Vorwurf, der Jagdgesetzentwurf sei ideologisch geprägt, fällt voll auf diesen Antrag zurück, der nicht nur ideologisch, sondern auch populistisch formuliert ist.

(Beifall von den PIRATEN, der SPD und den GRÜNEN)

Leider war auch die Rede von Herrn Busen zur Begründung dieses Antrags – bis auf den Teil, der sich mit dem Verdienst der Jäger befasste – populistisch.

Aufgrund der geänderten Ausgangsbedingungen in Natur und Gesellschaft, wie eingangs schon ausgeführt, ist ein neues Jagdgesetz sinnvoll. Es ist für mich in der vorliegenden Entwurfsform noch nicht in allen Details der Weisheit letzter Schluss. Aber die Aufforderung, liebe FDP, den Entwurf komplett zurückzuziehen, hilft hier gar nicht weiter.

Wir stimmen der Überweisung des Gesetzentwurfs und des Antrags zu. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN und Norbert Meesters [SPD])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Rohwedder. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Deppe.

Rainer Deppe (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Remmel, Sie haben eben Ihre Rede so begonnen, wie Sie immer beginnen, die Jagd müsse sich gesellschaftlich rechtfertigen, man müsse der gesellschaftlichen Diskussion nachkommen.

Abgesehen davon, dass die Grünen ständig über ihre eigene Partei, über ihre befreundeten Organisationen dafür sorgen, dass sich das gesellschaftliche Klima verändert: Ihre Aufgabe als Fachminister – als der sind Sie ja verantwortlich – ist es, für die Verfassung neuer Gesetze fachliche Argumente und nicht ideologische Argumente heranzuziehen. Genau das haben Sie hier nicht getan.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Schulze Föcking zulassen?

Rainer Deppe (CDU): Ja, bitte.

Christina Schulze Föcking^{*} (CDU): Herr Kollege Deppe, herzlichen Dank, dass Sie diese Zwischenfrage zulassen. Sie passt genau zu dem, was Sie gerade gesagt haben. Herr Kollege Meesters hat in seinen Ausführungen noch einmal das parlamentarische Verfahren betont. Er stand dem optimistisch gegenüber. Aus aktuellem Anlass und vor allem mit Blick auf das Verhalten von Rot-Grün in dieser ominösen Sondersitzung möchte ich gerne wissen ...

(Zurufe von Dr. Dennis Maelzer [SPD], Norbert Meesters [SPD] und Norwich Rüße [GRÜNE])

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum regen Sie sich so auf? Gestern habe ich noch gehört, es gehe Ihnen um Einladungspolitik. – Herr Kollege Deppe, wie schätzen Sie dieses weitere parlamentarische

Verfahren ein? Besteht wirklich Interesse an einer Sachargumentation?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Rainer Deppe (CDU): Wie ich eben schon dargestellt habe, geht es bei diesem Verfahren um ein Fachgesetz. In den letzten Wochen erleben wir jetzt, dass gesagt wird, man nehme die gesellschaftliche Diskussion auf. An verschiedenen Orten im Land treffen sich Tausende von Menschen – zuletzt 3.500 in Bielefeld –, die ihre gesellschaftliche Position darstellen. Außerdem treffen sich andere Menschen. Das waren mal 20; das waren mal 30; das waren vielleicht auch mal 50. Dann nimmt man die Diskussion dieser zuletzt genannten Menschen auf und bildet sie hier ab. Das kann man ja machen. Man hat eben die Wahrnehmung, 3.500 seien wenig, und 50 seien viel, weil diese 50 natürlich das richtige Bewusstsein haben.

(Beifall von der CDU)

Zu dem, was wir dann heute Morgen erlebt haben, muss ich aber wirklich etwas sagen. Nachdem die Obleuterunde getagt hatte, wurde eine Sitzung des Ausschusses durch Unterschriften erzwungen. So etwas haben wir erst selten erlebt. Bevor der Gesetzentwurf überhaupt beraten worden ist, haben SPD und Grüne auch schon die Anhörung beantragt, obwohl das übliche Verfahren ist,

(Norbert Meesters [SPD]: Das war Ihr Vorsitzender, der das so gelegt hat!)

dass wir erst eine erste Beratung im Plenum machen, an deren Ende den Gesetzentwurf in den Ausschuss überweisen und dann eine erste Lesung im Ausschuss durchführen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Meesters, dann wurde –

(Norbert Meesters [SPD]: Das war Herr Ortgies!)

das war ein Glanzstück von Demokratie, Beteiligung und Beachtung der Rechte der Opposition –

(Norbert Meesters [SPD]: Das war Ihr Vorsitzender!)

der Termin der Anhörung mit Mehrheit durchgedrückt ...

(Parl. Staatssekretär Horst Becker: Weil ihr nicht miteinander redet! – Gegenrufe von der CDU und der FDP: Aufhören! – Unverschämtheit! – Wo ist der Präsident?)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Ruhe. Es ist alles in Ordnung.

Zunächst einmal möchte ich einen Hinweis an die Landesregierung geben. Herr Staatssekretär Becker, es ist unüblich, von der Regierungsbank als Staatssekretär solche Zwischenrufe zu machen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dann gibt es eine weitere Zwischenfrage an Herrn Kollegen Deppe. Der Kollege Rüße hat sich gemeldet.

Rainer Deppe (CDU): Ich bin ja noch bei der Beantwortung der Frage.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Okay. Dann warten wir noch einen Moment ab.

Rainer Deppe (CDU): Ich kann ja versuchen, ein bisschen schneller zu machen. – Heute Morgen mussten wir sowohl den Sitzungstermin als auch die Uhrzeit mit Mehrheit beschließen. Außerdem wurde die Zahl der Sachverständigen begrenzt, obwohl eine solche Zuteilung an die Fraktionen in unserem Ausschuss vollkommen unüblich ist. Daher muss ich schon sagen: Das Interesse an einer sachlichen und fachlichen Debatte scheint nicht besonders ausgeprägt zu sein.

(Beifall von der CDU und der FDP – Norwich Rüße [GRÜNE]: Weil Sie sich auf nichts einlassen!)

Jetzt bitte die Frage von Herrn Rüße. Danach würde ich gerne weiter meine Rede halten.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Norwich Rüße^{*)} (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Deppe, dass Sie die Frage zulassen. – Sie haben eben über die Regionalkonferenzen berichtet und gesagt, wie viele Jäger dort waren. Dann haben Sie festgestellt, wie wenige die anderen gewesen seien. Damit haben Sie die Wertung verbunden, was das jeweils zu bedeuten habe. Insofern würde ich gerne wissen, wie Sie denn die heutige Demonstration von sechs Jägerinnen und Jägern hier vor dem Landtag gegen das neue Landesjagdgesetz bewerten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, bitte schön.

Rainer Deppe (CDU): Wir haben hier Demonstrationen mit vielen Teilnehmern und Demonstrationen mit wenigen Teilnehmern erlebt. Innerhalb so weniger Tage – am Dienstag ist der Gesetzentwurf überhaupt erst dem Landtag zugegangen – kommt es hier nicht auf die Zahl an, glaube ich.

Meine Damen und Herren, was Sie in Ihrem Gesetzentwurf missachten und überhaupt nicht bedenken, ist die Tatsache, dass wir in der Jagd in Deutschland den althergebrachten Grundsatz der Waidgerechtigkeit haben. Herr Remmel, das wird aus Ihren Äußerungen auch deutlich. Sie haben überhaupt kein Verständnis dafür. Wir brauchen aber nicht weniger Jagd, wie Sie hier gerade noch einmal gesagt haben, sondern mehr Jagd.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist jetzt beendet.

(Beifall von Matthi Bolte [GRÜNE] – Frank Herrmann [PIRATEN]: Gott sei Dank!)

Rainer Deppe (CDU): Diesen Satz will ich aber noch zu Ende führen. – Das haben Sie hier eben noch einmal wiederholt. Ihr Verständnis von Jagd ist offenbar ausschließlich das Verständnis von Schießen. Die Leistungen, die die Jäger für das Gleichgewicht im Naturhaushalt, für die Hege und für den Schutz der bedrohten Arten erbringen, bleiben dabei vollkommen außen vor.

Deshalb ist es völlig falsch, die Zahl der jagdbaren Arten zu reduzieren. Sie muss ausgeweitet werden; denn diese Tiere, die dem Jagdrecht unterstehen, sind die am besten geschützten Tiere in unserem Land.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Danke schön, Herr Kollege Deppe. Ihre Redezeit ist wirklich vorbei.

Rainer Deppe (CDU): Aus rein ideologischen Gründen wollen Sie die Jagd hier unmöglich und uninteressant machen. Das werden wir dann noch weiter diskutieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Deppe. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit sind wir am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar erstens über die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/7383 an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung bezüglich der Drucksache 16/7383 angenommen.

(Unruhe)

– Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit. – Wir stimmen zweitens über die **Überweisung des Antrags** der Fraktion der FDP **Drucksache 16/7400** ab. Der Ältestenrat empfiehlt, auch diesen Antrag an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** zu überweisen. Die abschließende Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer auch dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist diese Überweisungsempfehlung von allen Fraktionen einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

7 Bedarfsgerechte Finanzierung des SPNV sicherstellen – Benachteiligung Nordrhein-Westfalens bei Verteilung der Regionalisierungsmittel beseitigen

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/6129 – Neudruck

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung
und Verkehr
Drucksache 16/6782

Der Antrag aller fünf im Landtag vertretenen Fraktionen Drucksache 16/6129 – Neudruck – wurde gemäß § 82 Abs. 2 Ziffer b) unserer Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr überwiesen mit der Maßgabe, dass eine Aussprache und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion dem Kollegen Becker das Wort.

Andreas Becker (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Fast am Ende einer langen Plenarwoche kommen wir nun zu einem äußerst wichtigen Thema für alle Menschen in unserem Land, die mit der Bahn unterwegs sind. Ich möchte mich dennoch auf drei Anmerkungen beschränken.

Erste Anmerkung: Alle im Landtag vertretenen Fraktionen sind sich einig, dass Nordrhein-Westfalen bei der Verteilung der Regionalisierungsmittel benachteiligt ist. Wir brauchen mehr Geld, welches zudem stärker dynamisiert werden muss, wenn wir nicht Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr abbauen wollen. Das ist gut.

Zweite Anmerkung: Unser Verkehrsminister Mike Groschek hat alle 16 Bundesländer im Bundesrat hinter einem Antrag versammelt, der besagt, dass Nordrhein-Westfalen bei der Verteilung der Regionalisierungsmittel benachteiligt ist. Es braucht mehr Geld, welches zudem stärker dynamisiert werden muss, wenn das Land nicht Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr abbauen soll. Das ist auch gut. Ich bin fast geneigt, zu sagen: sogar besser, in jedem Fall aber wichtiger. Deshalb gebührt ihm und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seines Hauses an dieser Stelle unser aller Dank.

(Beifall von der SPD)

Dritte Anmerkung: Jetzt wäre es super, wenn sich Bundestag und Bundesregierung unserer Auffassung und der der 16 Bundesländer anschließen würden. Ich glaube, daran müssen wir noch ein bisschen arbeiten. Aber die Zeichen stehen gut. Wir Sozialdemokraten sind gleich mit unserem ganzen Arbeitskreis nach Berlin gefahren und haben Überzeugungsarbeit geleistet. Wir sind auf einem guten Weg, aber noch nicht am Ziel.

Wir brauchen eine bedarfsgerechte Finanzierung des SPNV durch den Bund entsprechend dem gutachterlich ermittelten Bedarf. Der hierzu gefundene Kieler Schlüssel ist eine gute Grundlage. Vor allem aber hat die Revision der Regionalisierungsmittel unabhängig von der derzeitigen Diskussion um die grundsätzliche Regelung und Entflechtung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu erfolgen.

Meine abschließende Bitte ist deshalb: Helfen Sie mit. Sprechen Sie mit Ihren Bundestagsabgeordneten, wenn Sie noch welche haben.

(Christof Rasche [FDP]: Das ist doch gar nicht die Sache!)

Sprechen Sie mit den Bundesministern, sofern Sie welche treffen. Die Pendlerinnen und Pendler unseres Landes werden es Ihnen danken. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Rehbaum.

Henning Rehbaum^{*)} (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Goethe hat einmal gesagt: „Wer Gründe anhört, kommt in Gefahr, nachzugeben.“ – Genau das haben Sie getan, Herr Minister Groschek. Sie haben sich die Gründe Ihrer Verkehrsministerkollegen angehört, warum diese mehr Regionalisierungsmittel brauchen, und Sie haben sofort nachgegeben – lange vor den Verhandlungen. Schon drei Monate vor der entscheidenden Verhandlung am 2. Oktober 2014 haben Sie sich mit einer nur schrittweisen Angleichung des Verteilerschlüssels und einer endgülti-